

## NIEDERSCHRIFT

über die 40. Plenarsitzung des **Gemeinderates** am Dienstag, 17. Juli 2007, 15:30 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Heinz Fenrich

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

23.

**Punkt 20 der Tagesordnung: Antrag der Stadträte Klaus Stapf und Tim Wirth, der Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 19. Juni 2007:**

**Zusätzliche ÖPNV-Angebote während der Baumaßnahmen auf der Rheinbrücke**

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 20, Vorlage Nr. 1065 Antrag, zur Behandlung auf.

**Stadtrat Wirth (GRÜNE):** Anlass für diesen Antrag war die Situation auf der Rheinbrücke während der kürzlich eingerichteten Baustelle. Jetzt kann man sicherlich fragen, welches Interesse haben die Grünen daran, das nun zu thematisieren, wo sie doch nur eine Brücke möchten und keine zweite daneben.

Wir haben natürlich ein Interesse daran, den Verkehr auf der Rheinbrücke möglichst reibungslos zu halten, die Verkehrsanbindung in die Pfalz leistungsfähig zu halten, und die vorhandene Brücke auch auszubauen im Sinne von öffentlichem Nahverkehr. Aus diesem Grund ducken wir uns auch nicht weg, wenn sich eine solche Situation ergibt, sondern machen eben Vorschläge, wie man vorgehen könnte, um die Situation zu entschärfen, was sicherlich notwendig war. Wer die Rheinbrücke in diesem Zeitraum passieren musste, hat das durchaus schmerzlich erfahren können. Es gab einerseits lange Autostaus, aber auch der ÖPNV war über seinen Leistungsgrenzen. Es war kein Vergnügen, damit zu fahren. Ich habe es selber gemacht mit

meiner kompletten Familie. Es waren auch viele Berufspendler im Zug, die ersatzweise die Züge genutzt haben, das aber wahrscheinlich nie wieder tun werden, denn es gilt immer noch die Regel: Besser im Stau sitzen als im Zug stehen. Wenn diese Regel beherzigt wird, werden die Staus eben bei der nächsten Baustelle noch etwas länger, die Züge werden dafür wieder etwas leerer. Darum die Bitte an Sie, sich bei den maßgeblichen Stellen für eine Regelung für mehr ÖPNV- oder spezielle ÖPNV-Angebote während der Bauphase auf der Rheinbrücke einzusetzen.

Nun haben wir die Antwort der AVG, dem Verkehrsbetrieb, der hier ansässig ist und über die Rheinbrücke Verkehre abwickelt: Die Fahrzeugkapazitäten sind erschöpft. Das wissen wir. Es gibt aber noch andere Anbieter. Konkret gibt es noch einen anderen Anbieter, das ist die DB-AG, die dort ebenfalls Strecken bedient. Dieses ist ein größerer Anbieter, der evtl. mehr Vallenzen hat, für ein solches Angebot mit herangezogen zu werden. Generell ist die Stadt natürlich nicht für die Bereitstellung von Verkehrsangeboten über die Rheinbrücke zuständig, auch das wissen wir. Aber wir appellieren an Sie, eben bei den zuständigen Stellen die Interessen der Stadt in dieser Hinsicht mit Nachdruck zu vertreten. Wir haben ein Interesse daran. Wenn jemand den Nahverkehr während einer Bauphase benutzt und sein Auto stehen lässt und dabei dieses Experiment gelingt und nicht so gründlich misslingt, wie dieses Mal, dann wird dieser Verkehrsteilnehmer vielleicht auch in Zukunft dieses Nahverkehrsangebot eher nutzen. Davon profitiert in allererster Linie die Stadt Karlsruhe.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadträtin Geiger (SPD):** Die Antwort ist auch dieses Mal so in Ordnung. Heute sind wir die ganze Zeit mit den Antworten der Verwaltung sehr zufrieden. Wir sind mit der Antwort einverstanden.

Es ist auch dargelegt worden, dass wir Dank der Zunahme der Akzeptanz der öffentlichen Verkehrsmittel eine Kapazitätsgrenze erreicht haben. Dies aber nicht nur deshalb, sondern weil auch die Zuschüsse leider Gottes für Neuanschaffungen für Betriebswagen durch das Land nicht mehr in dem Maße fließen bzw. reduziert wurden. Das lässt natürlich auch die Verkehrsunternehmen etwas zögerlicher sein in der Bestellung neuer Wagen. Das ist das eine.

Zum anderen sollten wir, wie Herr Wirth schon gesagt hat, versuchen, auf die DB zuzugehen. Es geht darum, in den Fällen, wenn die Rheinbrücke durch bauliche Maßnahmen in ihrer Kapazität eingeschränkt ist, auf den Schienen der DB eine Kapazitätserweiterung zu haben, um die Menschen dorthin umleiten zu können. Das ist allemal besser, als dann wirklich im Stau zu stehen und die Menschen mit langen Wartezeiten zu belasten. Dass die Menschen nicht zu ihrem Arbeitsplatz gelangen, wollen wir natürlich auch nicht. Deshalb wäre gut, wenn da Verhandlungen aufgenommen werden könnten.

Die AVG hat neue Triebwagen bestellt. Das dauert aber alles seine Zeit, bis diese geliefert werden.

(Widerspruch **Stadtrat Jäger/CDU**: Nein, wir haben kein Geld eingestellt!)

Doch, sie sind bestellt!

(**Der Vorsitzende**: Nein!)

Wir haben darüber gesprochen!

(**Der Vorsitzende**: Es ist darüber gesprochen worden, weil die Kapazitätsgrenze erreicht ist. Es ist dargestellt worden, dass wir den Bedarf haben. Jetzt sind die Überlegungen im Gang, wie man so etwas bewältigen kann. Es ist nichts bestellt worden. Es geht nur darum, dass kein falscher Eindruck in der Öffentlichkeit entsteht.)

Ja, es konnte gar nicht bestellt werden aus den genannten Gründen, weil die Zuschüsse anders fließen, als sie sein sollten.

Im Grunde sind wir mit der Antwort der Verwaltung einverstanden.

**Der Vorsitzende:** Nur machen wir nichts vor: Auch die DB hat nur eine beschränkte Wagenkapazität. Wir wissen das, da wir uns immer wieder darum bemühen, Verbesserungen, was die Wagenausstattung angeht, bei den Zügen auf der Strecke zwischen Karlsruhe und Stuttgart zu erreichen. Diese Züge sind immer überfüllt, zumindest im Berufsverkehr morgens und abends. Von daher ist das auch schwierig, das muss man einfach sehen. Auch die DB hat nur begrenzte Kapazität.

**Stadtrat Jäger (CDU):** Zufrieden kann man mit der Antwort eigentlich nicht sein. Denn es wäre sicher wünschenswert, man könnte hier flexibel reagieren. So habe ich auch die Antwort der VBK verstanden. Es wäre durchaus ein Wert an sich, auch ein Wert, der Kunden heranziehen könnte, wenn man die Möglichkeit hätte, da flexibel zu reagieren. Diese Flexibilität haben wir aber nicht. Insoweit kann man nicht zufrieden sein. Wir müssen realistisch sein. Wir haben derzeit keine anderen Möglichkeiten, die durch vielfältige Faktoren mit bedingt sind. Wenn wir diese Möglichkeiten hätten, wäre das sicherlich sehr gut.

Eines darf man bei der ganzen Sache auch nicht verkennen: Wir erfahren nur sekundär, ob bei der Rheinbrücke wieder einmal etwas stattfindet. Dieses ist nämlich eine Bundesstraße. Da ist zunächst einmal das Regierungspräsidium Vergabestelle. Da müsste man langfristig eine Koordination herstellen. Im Grunde genommen müssten Bauarbeiten dieser Art rechtzeitig an die Verkehrsbetriebe weitergegeben werden, damit diese rechtzeitig einplanen können, wann irgendwo Flaschenhälse entstehen könnten, was die Zahl zu befördernder Personen anbelangt.

Dann wäre es sicherlich noch mehr wünschenswert, wenn wir eine solche flexible Reaktion nicht nur bezogen auf die Strecke Rheinbrücke hätten, denn es gibt sicher anderswo auch immer wieder einmal solche Engpässe. Wenn wir Kapazitäten hätten, wenn wir praktisch Wagen hätten, wie das früher der Fall war, als wir noch einen Zugwagen hatten, an den wir einfach noch einen Wagen anhängen, dann könnte man solche erkennbaren Mehraufkommen steuern. Offensichtlich ist das derzeit nicht möglich.

Richtig ist, dass man Folgendes auch einmal im Auge behalten kann: Wenn wir die Chance haben sollten, dass das einmal machbar sein könnte, sollte man versuchen,

durch rechtzeitige Koordinationen der zuständigen Träger sowohl der Baulast wie auch des ÖPNV, sich zusammen zu tun und dafür zu sorgen, dass eine solche Maßnahme, die wir dann auf die Beine stellen, auch werbewirksam ist. Letztlich wollen wir doch alle, dass die Zahlen im Fahrgastaufkommen, die bisher jedes Jahr gestiegen sind, weiter wachsen. Das wäre hierfür sicher eine gute Maßnahme. Das können wir gegenwärtig nicht, sollten es aber nicht ganz aus dem Auge verlieren.

**Der Vorsitzende:** Aber Sie dürfen versichert sein, Herr Stadtrat, dass die Abstimmung zwischen der Bauverwaltung, zwischen einer Landesbehörde und der Stadt oder einem städtischen Unternehmen in dem Zusammenhang das kleinste Problem darstellt. Diese Abstimmung bekommt man hin. Sie liegt schlicht und einfach an den fehlenden Möglichkeiten aufgrund des Materials.

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Sie nehmen Kenntnis. (Kein Widerspruch)

**Beschluss:** Kenntnisnahme

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

**Verteiler** (mit Antwort)  
Ratsinformationssystem  
Stadtrat Stapf (GRÜNE)  
Stadtrat Wirth (GRÜNE)  
Stadträtin Lisbach (GRÜNE)  
Stadtplanungsamt  
Zum Gemeinderatsprotokoll  
Zu den Akten 2-mal

HA - Sitzungsdienste -  
31. Juli 2007